

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Dresden,
Raden & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amthauptmannschaft Dresden

Banknoten:
Gehr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Bezugspreis einschließlich Bringerlöben mit den wöchentlichen Beiträgen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Telefon 26 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Telefon 26 261.
Geschäftsszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Gründungspreis: die 29 mm breite Kompartimentzeile 20 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf. für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Wiedergabe 40 Prog. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 5

Dresden, Mittwoch den 7. Januar 1925

36. Jahrg.

Die preußische Krise

Mark und der Rechtsblock

Das preußische Kabinett entschied sich am Dienstag mit sechs gegen zwei Stimmen der volksparteilichen Minister gegen eine Gefümidmision, wie sie von der Volkspartei auf Grund des § 45 der Verfassung verlangt wurde. Die volksparteilichen Minister Dr. Voelck und Dr. v. Richter reichten daraufhin ihre Dimission ein. Am Mittwoch vormittag werden die Präsentation zu dem Kabinettsbeschluss Stellung nehmen.

Der Soz. Parlamentsdienst freiebt dazu:

Die Zentrumskoalition des preußischen Landtages, bei der jetzt die Entscheidung über die Regierungskoalition in Preußen liegt, tritt am Mittwoch vormittag um 11 Uhr zusammen. Der Ausgang dieser Sitzung ist zwar schwerwiegend, aber nicht schwierig; denn es handelt sich um das Ergebnis nur darum, ob die Zentrumskoalition bereit ist, ihren Ministern im preußischen Kabinett zu folgen oder ob sie ihre Vertrauensmänner in der Regierung bestimmen will und gebietet, ihre Politik ebenfalls nur von Parteiübereinstimmung bestimmen zu lassen, wie es bei der Volkspartei der Fall ist. Eine Desabsturzung liegt vor, sobald das Zentrum seine Minister juridiziert, die selbst den § 45 der Verfassung im entgegengesetzten Sinne wie die Volkspartei ausgelegt haben. Entscheidet sich das Zentrum gegen die Aufstellung der Volkspartei und für seine Minister, dann dürfte die Regierung Braun vor dem Landtag treten und dort die Vertreterfrage stellen. In anderen Fällen bleibt nichts anderes übrig als eine Gefümidmision des Kabinetts.

Die Zentrumskoalition des Reichstags,

die am Dienstag nur eine kurze Aussprache über die volksparteiliche Koalition führte, wird sich am Mittwoch ebenfalls erneut mit den parlamentarischen Verhältnissen beschäftigen. Soweit wir aus zuverlässiger Quelle unterrichtet wurden, rückte sich die Stimmung der Reichstagsfraktion „entschieden gegen einen Bürgerblock“ und „ebenfalls gegen eine verschleierte Rechtskoalition“. Das soll auch für den Reichskanzler gelten. Er hat, wie uns ausdrücklich versichert wird, keineswegs daran gedacht, sein bisheriges Kabinett einseitig durch deutsholmische Minister zu erweitern. Morey soll vielmehr daran gedacht haben, den von ihm schon lange gehegten Plan der Volksgemeinschaft zu verwirklichen, und wollte zu diesem Zweck angeblich auch an linksgerichtete Politiker herantreten. Wenn wir richtig unterrichtet sind, hat sich der Reichskanzler übrigens am Dienstag in der Zentrumskoalition des Reichstags entschieden gegen den Vorwurf vertheidigt, daß er auch nur einen Augenblick daran gedacht habe, einen verschleierten Bürgerblock oder gar die offene Rechtskoalition zu verwirklichen.

Konstituierung der Reichstagsfraktion

Aus dem Reichstage wird uns mitgeteilt: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion möchte in ihrer gestrigen Sitzung die Genossen Hermann Müller und Dietrichmann wieder zu ihren geschäftsführenden Vorsitzenden wählen. Ebenso würden die bisherigen Fraktionsvorsitzenden Lippert, Ditzmann, Gente, Hoch, Hildenbrand, Hirschberg, Herz, Marie Juchatz, Vobe, Scheidemann, O. Schumann, Stomny und Wels wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurden die Genossen Aufhäuser und Grohmann.

Ein Vorschlag zur Lösung des sächsischen Konflikts

Von einem ausländischen Genosse

Wir erhalten diesen Artikel von einem ausländischen Genossen, der an führender Stelle steht und die sächsischen Verhältnisse gut kennt. Der Artikel beweist das starke Interesse, das der Konflikt in der sächsischen Sozialdemokratie auch außerhalb der reichsdeutschen Partei findet. Der ausländische Genosse schlägt ein internationales Schiedsgericht vor. Wir glauben sagen zu dürfen, daß die sächsischen Genossen zunächst vorziehen werden, die innerhalb der deutschen Sozialdemokratie gegebenen Wege zu Ende zu gehen und von der Gesamtpartei die Weiterentwicklung der in der Partei bisher gängigen demokratischen Grundlinie und ihre Anerkennung durch die 23 zu verlangen. Erst wenn diese Bemühungen erfolglos sein sollen, könnte an eine Bemühung der Internationalen gedacht werden. Red. d. Dr. Vollatz.

Der sächsische Parteikonflikt, der mit Recht und aus selbstverständlichen Erhaltungsgründen während des Wahlkampfes in den Hintergrund gestellt wurde, droht nun wieder lebhaft zu werden und einer Entscheidung zugutezu treten. Der Befund, daß ein Landtagsparteid einstimmig einen Beschluß fügt, dessen Durchführung von den parlamentarischen Vollzugsorganen des Parteimilites — denn nichts anderes sind die Abgeordneten — unmöglich gemacht wird, eine Regierung, die vier sozialdemokratische Minister angehören und mit der die Parteidorganisationen beinahe alle Versteckungen abgeschlossen haben, 23 Landtagsabgeordnete, die nach den Entwicklungen von Parteidvertragen bereits außerhalb der Partei stehen, auf der andern Seite 15 oder 17 Abgeordnete, die gegen eine Regierung stimmen, in der vier Parteidgenossen sitzen, bürgerliche Parteid, die erklären, mit der Sozialdemokratie keine Koalition eingegangen zu sein, sondern nur mit 23 Abgeordneten dieser Partei — das ist ein Zustand, der keine Parteid ertragen kann, am wenigsten eine, die sich in einem Gewissens- und Sammlungsprozeß befindet, wie die deutsche Sozialdemokratie. Die ganze Internationale ist nun ein wichtiges Interesse daran haben, daß der sächsische Konflikt nicht wieder zu einem Streit in der deutschen Sozialdemokratie oder zu einem Streit der Reichspartei mit der sächsischen Landtagsorganisation wird, der die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Wiederaufstieg zurückwirft und damit nicht nur das deutsche, sondern das internationale Proletariat schwächt.

Wie soll der Streit beigelegt werden? Auf der einen Seite steht der Wille der sächsischen Parteidmitgliedschaft, der in diesen Fragen einheitlich ist und auf der Durchsetzung des Willens des Landtagsparteid bestehen. Auf der anderen Seite kann die Landtagsparteidigkeit es zweifellos — strafrechtlich gesprochen — zumindest als „Widerstandsgrund“ oder gar als „unwiderrücklicher Zwang“ anführen, daß der Reichsparteivorsitz der Landtagsfraktion empfohlen hat, nicht früher eine Landtagsauflösung zu stimmen, bevor nicht das Dresdner Übereinkommen über die Kandidatenaufstellung geschah. Die Entscheidung drückt dem italienischen Proletariat und Volk im allgemeinen in dieser durchbohrten Prüfung die schlechte Sympathie aus sowie das feste Vertrauen, daß Italien bald wieder seine Selbstbestimmung erobern und den Triumph der Demokratie erleben wird. Nach einer kurzen Erklärung über die Lage in Ungarn

Bor dem Handelskrieg

Die Internationale fordert Räumung

SPD. Brüssel, 6. Januar. (Sig. Drach.)

Den Dienstag widmete das Exekutivkomitee der sozialistischen Internationale der Versprecherung verschiedener politischer Fragen, die in der Schweiz sind. Zu den

Ergebnissen in Italien

wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die erklärt, daß das Exekutivkomitee mit Erfüllung von den letzten Nachrichten einverstanden hat, die über Brandstiftungen und Zerstörung gemäßigter Oppositionsblätter, über das Zusammenbringen der Kammer und Mobilisierung des Parteidmilits melde, alles Nachrichten, die durch Russlands Kammerdeputierte bestätigt worden sind, in der die deutsholmischen Kontingente knüpft die französische Delegation die Förderung, die Kontingente nach Abschluß des Abkommen verhindern, in den abhängigen Vertrag zu übernehmen. Wenn man beweist, daß der von Frankreich vorgelegte Entwurf drei Monate gelten soll und sich im Falle der Nichtfindung automatisch um drei Monate verlängert, wird klar, daß auf französischer Seite die Tendenz gefordert wird, die zollfreien Einfuhren aus Elsaß-Lothringen für immer festzulegen.

Durch diese Entwicklung hat sich natürlich die Lage in Paris äußerst unklar gehalten. Im Laufe des Dienstags hat das Bettiner Kabinett dazu Stellung genommen. Es hat sich dafür entschieden, Tendenzburg, den Führer der deutschen Delegation, nach Berlin zu berufen. Tendenzburg wird wahrscheinlich schon im Laufe des Mittwoch in Berlin eintreffen und die Regierung mündlich informieren. Bei der Rückkehrung Tendenzburgs handelt es sich nicht um einen Abschluß der Verhandlungen. Der französische Handelsminister Mailly ist über die Rückverfügung Tendenzburgs unterrichtet, während die in Paris zurückbleibende deutsche Handelsdelegation den Auftrag hat, die angesetzten Verhandlungen programmäßig weiterzuführen.

Gegenmaßnahmen wegen Köln?

Die französische Presse fürchtet, die Verhandlungen ständen vor dem Abbruch. Sie glaubt, daß sei der deutsche Gegen- schlag gegen die Niedermäßigung Kölns. Im Paris steht erklart der Genosse Frohsdorff als seine Meinung, daß die deutsche Regierung die Aufrechterhaltung der Handelsverträge bemüht habe. Vom 10. Januar an würde die französische Ausfuhr nach Deutschland fast vollständig aufhorten und die Industrie Elsaß-Lothringens würde in erster Linie darunter leiden. Wen versteht nicht, warum Frankreich allein die Verantwortung tragen müsse für eine Entscheidung, die von allen alliierten Regierungen gemeinsam getroffen wurde.

Die deutsche Regierung lädt in Berlin erklären, daß sie nicht den Abschluß der Verhandlungen betreite, sondern daß die Entscheidungen in der Sache selber liegen.

Deutsche Antwortnote

Berlin, 6. Januar. Nachdem das Reichskabinett in seiner heutigen Kabinettsitzung über die alliierte Note, betreffend die Räumungs- und Entmischungsfrage, Beschuß gefaßt hat, ist die deutsche Antwort auf die Note heute abends den höchsten alliierten Missionären zugestellt worden. Sie wird voraussichtlich Donnerstag morgen veröffentlicht werden.

Die Berliner Presse erläutert, daß die Antwortnote einen Protest der deutschen Regierung gegen die Verleihung des Vertrages enthalte, die in der Niedermäßigung der Räumungsbestimmungen zu erkennen sei. Sie stellt weiter die Forderung auf, daß die alliierten Regierungen ihre allgemein gehaltenen Vorwürfe gegen Deutschland genau begründen und der deutschen Regierung das Material mitteilen sollen, auf das sich die Behauptung stützt. Deutschland habe die Abstimmungsbestimmungen des Vertrages nicht erfüllt. Eine genaue Prüfung dieses Materials zeigt die deutsche Regierung zu. Sie sei überzeugt, daß diese Prüfung eine Widerlegung der Ententebeschwerden ergeben werde.

Uniformkoller

Der preußische Justizminister weist in einer Verfügung die Strafverfolgungsbehörden darauf hin, daß sich die Städte, in denen Personen unbefugt Uniformen oder uniformähnliche Kleidungsstücke oder Ausstattungsstücke tragen, in jüngster Zeit wieder häufen. Dieser Missbrauch soll nachdrücklich entgegengesetztes werden. Handhabe zum Einschreiten bietet in erster Linie die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921, durch die demjenigen, der unbefugt eine Militäruniform trägt, Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat angebracht wird.

All die Umstände, die hier abschließend mit der größten Objektivität angeführt werden, zeigen nur, wie verworren und kompliziert der sächsische Parteidkonflikt ist und wie schwer seine Entwicklung erscheint. Daß aber dieser Konflikt etwa wie der gordische Knoten durchhauen wird, das also der Parteidvorstand etwa um übergeordnete Instanz seinen Willen der sächsischen Landtagsorganisation aufzwingt, scheint deswegen besonders folgerichtig, weil es sich auch um politische Fragen handelt, in denen die sächsische Parteidmitgliedschaft eine andere Meinung vertreibt als der Parteidvorstand. Die Parteidgenossen verhalten sich zum Problem der Koalitionsregierungen, insbesondere zur Frage der großen Koalition und vor allem zur Frage, wie man sich in einer solchen Koalitionsregierung benimmt, anders als der Parteidvorstand. Und mag der Parteidvorstand oder eine sonstige Mörperheit den Beschluß des Landtagsparteid bestehen, der Landtag aufzulösen, oder den früheren Beschluß, sich nicht an eine Regierung der großen Koalition in Sachsen zu beteiligen, für falsch, ja für unzinnig halten, es handelt sich um einstimmige oder mit überwältigender Mehrheit gefaßte Beschlüsse der sächsischen Genossen. Und so sehr der Parteidvorstand das Recht und die Pflicht hat, die sächsischen Genossen gebenenfalls von der Unrichtigkeit ihrer Auffassungen zu überzeugen, über das Mittel der Überzeugung geht die Machtbefugnis des Parteidvorstandes auch in diesem Fall wohl kaum hinaus, da es sich nicht um Fragen der Reichspolitik handelt. Würden die Entscheidungen in einem Lande so folgerichtig sein, daß von ihrer Entscheidung Reichsfragen abhängen, dann sind es ja keine Landesfragen mehr. Ob es überhaupt zweckmäßig ist, solche Autonomiesteuern bei dem noch immer stark föderalistischen Charakter Deutschlands aufzurufen, ist sehr fraglich. Jedenfalls vertreibt der Parteidvorstand in den politischen Fragen, die dem Streitfall zugrunde liegen und für seinen Verlauf bestimmend sind, eine andere Meinung als die Mehrheit der sächsischen Parteidmitglieder. Und so sehr das Recht des Parteidvorstandes die ganze Partei zu führen, unbestritten ist und auch unangefochten bleibt soll, in der sächsischen Frage ist auch der Parteidvorstand Partei. Auch von ihm kann, wenn man noch so sehr von seinem guten Willen und seinem Bestreben, eine Einigung herzustellen, überzeugt ist, eine möglichst neutrale und allen Teilen möglichst gerecht werdende Entscheidung dieser Frage nicht erfolgen.

Deswegen geht mein Vorschlag dahin, den Streitfall einem zwei Mitglieder entsendet, die dann gemeinsam einen Vorsitzenden